

# DZ BANK WIRTSCHAFTSBRIEF

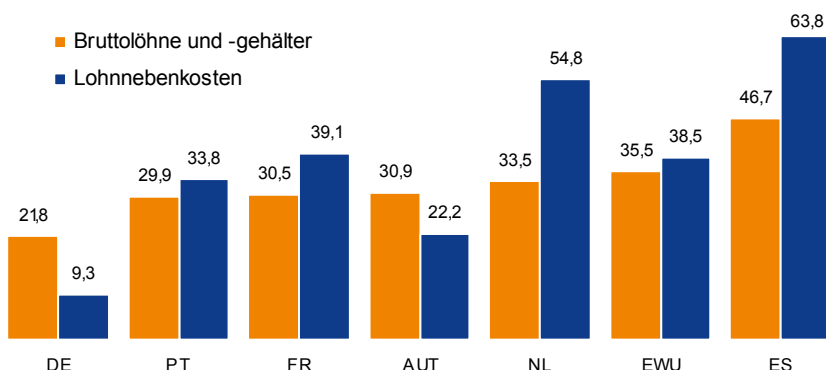
Eine Research-Publikation der DZ BANK AG

## Zeit für eine neue Lohnpolitik?

Mit der kräftig Fahrt aufnehmenden wirtschaftlichen Erholung in Deutschland und den steigenden Unternehmensgewinnen werden in den letzten Wochen auch wieder Rufe nach höheren Lohnsteigerungen lauter. Die Gewerkschaften haben das „Ende der Bescheidenheit“ ausgerufen, DGB-Chef Sommer hat den Arbeitgebern unlängst einen „heißen Herbst“ versprochen. In Zeiten der Krise hatte in den Tarifverhandlungen das Ziel der Beschäftigungssicherung noch klar im Vordergrund gestanden. Nun, nachdem der deutsche Arbeitsmarkt den wirtschaftlichen Einbruch beinahe unbeschadet überstanden hat, rücken bei den Gewerkschaften die Forderungen nach höheren Gehältern wieder in den Fokus.

Gemäß Statistischem Bundesamt sehen viele Tarifverträge nach einem durchschnittlichen Anstieg der Gehälter um 2,6 Prozent im Jahr 2009 für das erste Halbjahr 2010 lediglich Einmalzahlungen vor, die bei zukünftigen prozentualen Erhöhungen nicht berücksichtigt werden. So wurde in der chemischen Industrie für den Zeitraum von Mai 2010 bis März 2011 eine Einmalzahlung sowie ein optionaler Konjunkturbonus vereinbart. Die Metallindustrie hat für 2010 ebenfalls eine Pauschalzahlung und für 2011 eine Tarifierhebung um 2,7 Prozent vereinbart. In der Eisen- und Stahlindustrie geht die IG Metall nun mit der Forderung nach einer Gehaltserhöhung um sechs Prozent in die „erste Tarifrunde der Nachkrisenzeit“.

ARBEITSKOSTENANSTIEG IN EINIGEN EWU-LÄNDERN SEIT DEM JAHR 2000 IN PROZENT



Quelle: Statistisches Bundesamt (Daten bis 1. Quartal 2010)

### VOLKSWIRTSCHAFT

Nummer 249  
9.9.2010

Gewerkschaften rufen "Ende der Bescheidenheit" aus.

Tarifverträge sahen während der Wirtschaftskrise überwiegend flexible Einmalzahlungen vor.

Bruttolöhne steigen in Deutschland schon seit zehn Jahren langsamer als in den anderen Euro-Ländern.

Lohnquote war vor der Wirtschaftskrise auf tiefsten Stand seit mehr als 40 Jahren gesunken.

Deutscher Arbeitsmarkt hielt sich in der Krise ausgesprochen stabil, anders als in vielen anderen EWU-Ländern.

Deutsche Wirtschaft hat seit Gründung der Währungsunion massiv an Wettbewerbsfähigkeit gewonnen.

Lohnpolitischer Spielraum hängt entscheidend von der jeweiligen Branchenentwicklung ab.

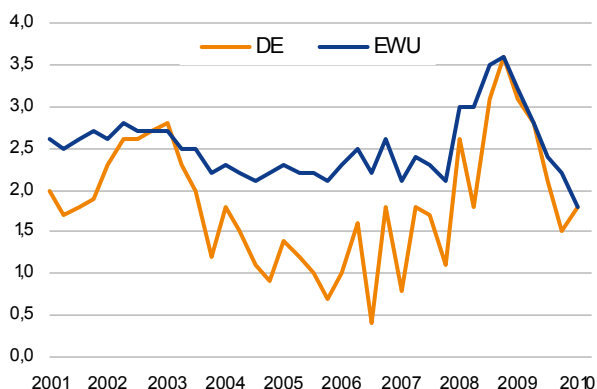
Deutschland hat vor allem im Dienstleistungsbe- reich noch erheblichen Nachholbedarf.

Für die Gewerkschaften steht in den neuen Tarifrunden nicht nur eine angemessene Teilhabe an den Ertragssteigerungen des Aufschwungs zur Debatte, gefordert wird auch eine Kompensation für die Lohnzurückhaltung der Vergangenheit. Wie aus einer kürzlich veröffentlichten Übersicht des Statistischen Bundesamtes hervorgeht, sind die Löhne und Gehälter in Deutschland seit dem Jahr 2000 brutto lediglich um knapp 22 Prozent angestiegen, während sie sich im Durchschnitt des Euro-Raums um 35,5 Prozent erhöhten.

**Gewerkschaften fordern Kompensation für die Lohnzurückhaltung der vergangenen Jahre**

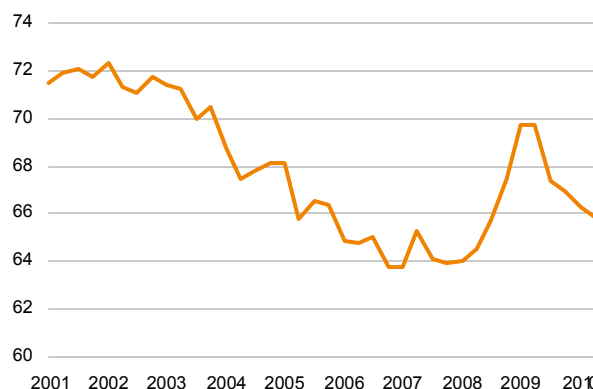
Tatsächlich haben Gewerkschaften und Arbeitnehmer vor allem in den Jahren 2003 bis 2005, als die deutsche Wirtschaft in einer hartnäckigen Wachstumskrise steckte, mit sehr moderaten Lohnabschlüssen maßgeblich zur Verbesserung der Wettbewerbsposition Deutschlands gegenüber der internationalen Konkurrenz beigetragen. Während die Tariflöhne in Deutschland in diesem Zeitraum um durchschnittlich um 1,5 Prozent angestiegen sind, legten sie im Euro-Raum im Mittel pro Jahr um 2,3 Prozent zu.

ENTWICKLUNG DER TARIFVERDIENSTE SEIT 2001 (J/J IN PROZENT)



Quelle: Bundesbank, EZB

LOHNQUOTE\* IN DEUTSCHLAND STEIGT IN DER KRISE AN



Quelle: Bundesbank \*relativer Anteil des Arbeitnehmerentgelts am Volkseinkommen in Prozent

Die Reallöhne sind in der Folge in Deutschland sogar bis ins Jahr 2008 hinein gesunken, und mit ihnen die Lohnquote: Der Anteil der Arbeitnehmer am gesamten Einkommen der Volkswirtschaft, in den vergangenen Jahrzehnten meist um die 70%-Marke schwankend, sank bis Ende 2007 sogar auf unter 64%. Zweifellos hat die Lohnzurückhaltung der letzten Jahre den deutschen Unternehmen die Wiedererlangung einer Spitzenposition im internationalen Wettbewerb erleichtert.

Nun soll von Arbeitnehmerseite also ein umso kräftigerer „Schluck aus der Pulle“ gefordert werden. Denn das übliche Argument, die Binnenkonjunktur könne am besten über steigende Arbeitnehmereinkommen gestützt werden, erhält in jüngster Zeit auch noch europapolitische Weihen: Wir sind es demnach unseren Nachbarländern quasi schuldig, den tief im Schuldenschlamm steckenden Karren der EWU-Konjunktur nun alleine herauszuziehen.

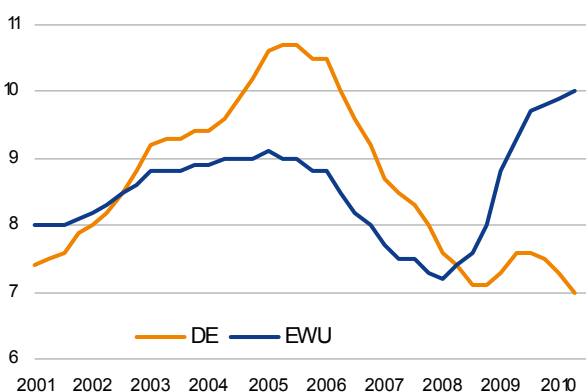
**Forderung nach Steigerung der Binnenkonjunktur erhält europapolitische Weihen**

Nicht alle dieser Argumente sind ganz von der Hand zu weisen: So ist gegen ein weiteres Aufholen bei der Lohnquote natürlich grundsätzlich nichts einzuwenden,

und die Forderung nach steigenden Reallöhnen im Aufschwung ist durchaus gerechtfertigt. Trotzdem muss unbedingt darauf geachtet werden, weder die Fehler der Vergangenheit noch die der anderen EWU-Länder zu wiederholen. Zu hohe Lohnabschlüsse schaden der Wettbewerbsfähigkeit und letztlich vor allem der Beschäftigung. Die Lohnzurückhaltung nach der Jahrtausendwende hat neben den Arbeitsmarktreformen der Regierung Schröder einen großen Anteil daran, dass der Trend steigender Arbeitslosigkeit im Jahr 2005 gebrochen werden konnte und die Arbeitslosenzahl in Deutschland seither – trotz Krise – um fast zwei Millionen gesunken ist, während sie im übrigen Europa zum Teil massiv angestiegen ist.

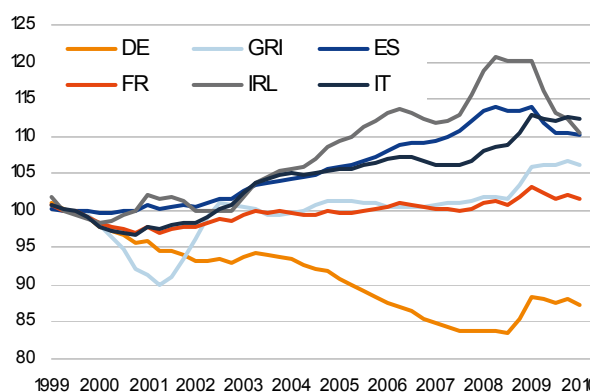
**Zu hohe Lohnabschlüsse schaden der Wettbewerbsfähigkeit**

DEUTSCHE ARBEITSLIQUOTE STEIGT IN DER KRISE KAUM AN



Quelle: Eurostat (harmonisierte Daten)

DIVERGIERENDE WETTBEWERBSFÄHIGKEIT IM EURO-RAUM\*



Quelle: EU-Kommission \*reale Wechselkurse auf Basis der nominalen Lohnstückkosten (1999=100, jeweils relativ zu den übrigen EU-27-Ländern), niedrigere Werte bedeuten steigende Wettbewerbsfähigkeit

Gibt es eine ökonomische Leitlinie für die anstehenden Tarifverhandlungen? In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung steigen derzeit – bei stagnierender Produktivität – die Tarifverdienste um rund zwei Prozent. Bei einer Inflationsrate, die nur etwa halb so hoch ist, legen also auch real die durchschnittlichen Einkommen wieder zu. Der Verteilungsspielraum für die kommenden Jahre unterscheidet sich stark von Branche zu Branche und hängt auch maßgeblich vom Konjunkturausblick ab. Gegen eine Tarifpolitik, die die branchenspezifische Entwicklung berücksichtigt und die Arbeitnehmer am Unternehmenserfolg beteiligt, ist vom ökonomischen Standpunkt nichts einzuwenden.

**Der Verteilungsspielraum für die kommenden Jahre unterscheidet sich stark von Branche zu Branche**

Allerdings dürfen nicht die Tarifabschlüsse aus erfolgreichen Exportbranchen als Verhandlungsgrundlage für deutlich schlechter dastehende Wirtschaftszweige, etwa aus dem Dienstleistungsbereich, herangezogen werden. Denn zu hohe Lohnabschlüsse im Durchschnitt aller deutschen Wirtschaftsbranchen verschlechtern nicht nur die Wettbewerbsposition, sie führen zu steigenden Inflationsraten und könnten die Europäische Zentralbank zu Zinsanhebungen zwingen, die einige Mitgliedsländer derzeit nur schwer verkraften können.

**IMPRESSUM**

Herausgeber: DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Platz der Republik, 60265 Frankfurt am Main  
Vorstand: Wolfgang Kirsch (Vorsitzender), Lars Hille, Wolfgang Köhler, Hans-Theo Macke, Albrecht Merz, Thomas Ullrich, Frank Westhoff  
Verantwortlich: Stefan Bielmeier, Leiter Research und Volkswirtschaft  
Verantwortlich: Dr. Hans Jäckel, Leiter Volkswirtschaft und Content Management,  
Tel.: 069 7447 2280, E-Mail: hans.jaeckel@dzbank.de  
© DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main 2010  
Nachdruck und Vervielfältigung nur mit Genehmigung der DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Frankfurt am Main

**VERGÜTUNG DER ANALYSTEN**

Research-Analysten werden nicht für bestimmte Investment Banking-Transaktionen vergütet. Der/die Verfasser dieser Studie erhält/erhalten eine Vergütung, die (unter anderem) auf der Gesamrentabilität der DZ BANK basiert, welche Erträge aus dem Investment Banking-Geschäft und anderen Geschäftsbereichen des Unternehmens einschließt. Die Analysten der DZ BANK und deren Haushaltsmitglieder sowie Personen, die den Analysten Bericht erstatten, dürfen grundsätzlich kein finanzielles Interesse an Finanzinstrumenten von Unternehmen haben, die vom Analysten gecovert werden.

**ZUSTÄNDIGE AUFSICHTSBEHÖRDE**

Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht, Lurgiallee 12, 60439 Frankfurt am Main, Germany

**VERANTWORTLICHES UNTERNEHMEN**

DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank, Platz der Republik, 60265 Frankfurt am Main, Germany

**AUTOR(EN) UND ERSTELLER**

---

<b>Dr. Michael Holstein</b>	<b>Leiter Makroökonomik/Branchenresearch</b>	<b>+49 - (0)69 - 74 47 - 22 82</b>	<b>michael.holstein@dzbank.de</b>
-----------------------------	--	------------------------------------	-----------------------------------

---